



## Windpark Dürrkogel-Scheibe: KPÖ will Volksbefragung

Im Rahmen eines Pressegesprächs legte die Gemeinderatsfraktion KPÖ-proMz ihre Haltung zum geplanten Windpark Dürrkogel-Scheibe fest.

„Die Nachhaltigkeit dieser Entscheidung trifft auch künftige Generationen, dies kann eigentlich nur durch einen demokratischen Volksentscheid herbeigeführt werden“, so Gemeinderat Franz Eisinger.

Gemeinderat Franz Rosenblattl weiters dazu: „Zwar ist eine Volksbefragung nicht unbedingt bindend für einen Gemeinderatsbeschluss, trotzdem wäre jede Partei schlecht beraten, einen solchen zu ignorieren.“

Die beiden Gemeinderäte sehen gerade in der Problematik „**Windpark**“ in einer Volksbefragung eine

Chance für lebende Demokratie. „Wir haben sowohl in unseren Gremien als auch mit interessierten Bürgern Gespräche und Diskussionen geführt und sind darauf hin zum Entschluss gekommen, dass eine Volksbefragung notwendig ist.“ Wichtig für die beiden KPÖ-Gemeinderäte ist auch der Umstand, dass Kritiker des Windparks in der Gemeindezeitung die selben Möglichkeiten haben wie es der Betreiber gehabt hat, und ihre Sichtweise den Mürzzuschlagerinnen und Mürzzuschlagern darlegen kann.

Wir fordern eine Bürgerversammlung mit der Präsentationsmöglichkeit beider Kontrahenten. Die Bürgerinnen und Bürger sollen in der Lage sein, eine Entscheidung aus dem Kopf und nicht nur aus dem Bauch heraus zu treffen.

Die anderen Fraktionen im Gemeinderat haben schon signalisiert, den Antrag für eine Volksbefragung zu unterstützen, wenn die ganzen notwendigen Gutachten positiv für die Betreiber ausfallen sollten.

### Konzeptlosigkeit...

...warfen die KPÖ-Gemeinderäte den Stadtplanern und dem Stadtmarketing vor. Die nun konkret werdenden Planungen einer Fachmarktzeile zwischen Mürzzuschlag und Hönigsberg führten in der Mürzer Geschäftswelt zu Protesten. Ihre Forderungen an die Gemeinde, dies zu verhindern, geht ins Leere. Schon viel früher hätten geeignete Maßnahmen im Stadtkern gesetzt werden müssen. Die Umwandlung der Fußgängerzone oder die „Verparkung“ des Stadtplatzes konnten die Situation der Gewerbetreibenden im Stadtzentrum nicht nachhaltig verbessern, die Reize einer lebenswerten Innenstadt jedoch allemal herabsetzen. Warum gab es nicht schon früher Überlegungen: Etwa ein Einkaufszentrum im Stadtbereich (Grazerstraße) zu errichten? Die Frage liegt auf der Hand und könnte vom Obmann des Stadtmarketings sicherlich beantwortet werden...

Wieviele Konzepte gab es in den letzten Jahren für Mürzzuschlag, wieviel haben sie gekostet? Eines haben sie alle gemeinsam, sie wurden so lange von den Interessensgruppen „zurechtgerückt“ bis nur mehr Stückwerk übrig blieb. Das Ergebnis sind nach wie vor leerstehende Geschäfte und massenweise bewirtschaftete Parkplätze...



**Ein Gutes Neues friedliches Jahr  
wünscht  
die KPÖ-Mürzzuschlag-Hönigsberg  
und die Gemeinderäte  
Franz Eisinger und Franz Rosenblattl**

## Mangelnde Transparenz und ungerechtfertigte Erhöhungen : Budget 2012 von der KPÖ-promMz abgelehnt

Der Haushaltsvoranschlag 2012 wurde bei der letzten Sitzung des Gemeinderates am 16. Dezember behandelt. Der Ordentliche Haushalt – OH (Pflichtausgaben) liegt sowohl einnahmen- wie ausgabenseitig bei 22,610 Millionen €. Im Außerordentlichen Haushalt AOH stehen 1,003 Millionen € für Investitionen zur Verfügung. Er ist somit formell ausgeglichen.

Um dies zu erreichen schoss das Land über Bedarfszuweisungen 700.000 € zu. Diese dienen vor allem dazu, die Abgänge bei Stadtsaal und Casino auszugleichen. Netto ist der Zuschuss vom Land aber wesentlich geringer, da die Gemeinde wiederum an das Land die sogenannte Landesumlage in Höhe von 566.500 € abführen muss.

Die Sport- und Kulturvereine müssen kürzer treten. Ihre Subventionen werden insgesamt gekürzt. Davon nicht betroffen ist das Kunsthaus sowie die Museen.

### KPÖ-Stellungnahme zum Budget (GR Franz Rosenblattl)

**D**ass die Politik im Allgemeinen nur mehr am Gängelband des Finanzkapitals hängt wird nunmehr auch jenen klar, die glaubten, dass dieser Turbokapitalismus gesellschaftspolitisch gesehen der Weisheit letzter Schluss ist.

Die Finanzverantwortlichen und die zuständigen Politiker auf jeder Ebene sind nicht mehr in der Lage zu agieren: alles was sie tun, ist Belastungen zu schaffen und Einsparungen vorzunehmen. Ganz schlimm ist es gerade jetzt, wo die Steiermärkische Landesregierung hergeht und eine Null-Lohnrunde für die Bediensteten des Landes und der Gemeinden verordnet. Bei einer Inflation des Warenkorb von 6,9 % wird nicht einmal mehr die Teuerung abgegolten. Gerade unter den Gemeindebediensteten ist der Anteil von Beschäftigten mit kleinem oder kleinstem Einkommen recht groß und diese leiden unter der angeordneten und vielleicht sogar ungesetzlichen Nulllohnrunde am meisten.

### Finanzausgleich: Von den eigenen „Parteifreunden“ über den Tisch gezogen

**N**atürlich ist uns klar, dass der finanzielle Spielraum für eine Gemeinde eng ist. Die Finanzausgleichsverhandlungen ergeben meist Sieger und Verlierer. Zu den Siegern gehörten die Gemeinden nie. Eine Erkenntnis, die von den diversen Finanzreferenten nicht einmal mehr bestritten wird. Eigenartig ist jedoch der Umstand, dass jene die bei den Finanzausgleichsverhandlungen über den Tisch gezogen werden, die die gleichen Parteibücherl haben wie jene, die ziehen.

Nun gut, die Ausgangslage für das Mürzzuschlager Budget ist nun einmal nicht besser. Da wird herumge-

spart, herumgeschachtelt, nur um das Budget ausgeglichen erstellen zu können. Bedarfszuweisungen des Landes werden nicht mehr für Investitionen im AOH – welche die Wirtschaft in Anbetracht der prognostizierten Krise dringend brauchen würde – hergenommen, sondern um Budgetlöcher im OH zu stopfen.

### Hundesteuer und Bücher-Leihgebühr erhöht

Bei den Einnahmen im OH bemüht man schon die Hundebesitzer – natürlich die, welche schon bisher die Hundesteuer brav entrichtet haben mit einer saftigen Erhöhung oder die Leser/innen der Bücherei, die ja gerade deswegen in die Bücherei gehen, weil sie nicht in der Lage sind alle drei Wochen bei Amazon eine Bestellung zu tätigen.



Bei den Ausgaben wird da schon kräftiger zugelangt, ohne wirklich wirksame und vor allem weniger schmerzhaft Einsparungen zu bekommen. **Erlauben sie mir ein Beispiel wie sinnvolle Veränderungen mir Einsparungsmöglichkeiten einhergehen könnten:** Die Bücherei ist, was die Örtlichkeit anbelangt,

längst an ihre Grenzen gestoßen. Veranstaltungen sind nicht mehr möglich wegen unerfüllter Sicherheitsauflagen, abgesehen davon ist von behindertengerechtem Zugang keine Rede. Andererseits gibt es das großräumig angelegte Wintersportmuseum, das leider durch die enormen Kosten auch ein finanzielles Sorgenkind ist. Warum könnte nicht die Bücherei dort untergebracht werden? Verschiedene Synergien täten sich auf, durchgehende Öffnungszeiten der Bücherei, Veranstaltungsräumlichkeiten und und....

Ein Punkt der mich sehr stört, ist die Tatsache, dass die Gemeinde eine Invalidenausgleichstaxe bezahlen muss – nicht dass es mich ärgert dass es diese Taxe gibt, sondern dass wir als Gemeinde keinem Menschen mit Handicap einen Arbeitsplatz bieten.





Oder ein anderes Beispiel: Die Weihnachtsbeleuchtung muss sicherlich nicht 14-16 Stunden brennen. Wenn man sie zu nachtschlafener Zeit ausgeschaltet würde, so könnte man auch einsparen, ohne dabei jemandem weh zu tun. Das ist sicherlich nur ein kleinerer Betrag – aber sicher größer als jener, der durch die Erhöhung der Entlehngebühr und der Erhöhung der Hundesteuer erzielt wird.

## Mangelnde Transparenz

Schon mehrfach kritisiert wurden die Postionen „Entgelt für Sonstige Leistungen“ oder wie sie alle heißen – vorwiegend in den Kapiteln Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft sowie Kunst, Kultur und Kultus. Es geht nicht um die Höhe der Ansätze, sondern vielmehr ist überhaupt nicht transparent was sich dahinter verbirgt. Im Budget werden Summen zu 100 € wie z.B. Reinigungsmitteln exakt dargestellt andererseits werden 100.000de von Euros in Sammelposten dargestellt. Warum? Sind es vielleicht z.B. massive Kürzungen für die sportplatzbetreuenden Vereine? Nirgends sind die Kürzungen für den Phönix und den ESV nachvollziehbar. Hier von einem transparenten Budget zu sprechen ist uns unmöglich. Daher kann es auch nicht unsere Zustimmung erfahren.

**Das Budget 2012 wurde gemeinsam von SPÖ und ÖVP beschlossen. KPÖ-promZ, Grüne und FPÖ lehnten es ab.**

## Anfragen der KPÖ Gemeinderäte:

### Schutz für Fußgänger und Autofahrer!

**Gemeinderat Franz Eisinger** befragte den Bürgermeister zur Problematik der fehlenden Sicherheit für Fußgänger sowie für andere Verkehrsteilnehmer im Bereich des neu erbauten Penny-Marktes (ehemals Autohaus Reichl). Es besteht für Fußgänger, die dieses Geschäft für ihre Einkäufe nutzen eine hohe Gefahr. Der Gehsteig ist auf der einen Seite, der Lebensmitteldiskonter auf der anderen Seite. Mit Kindern oder Kinderwagen ist die Überquerung auf dieser Stelle ein Mutakt. Der nächste gesicherte Übergang (Zebrastreifen) würde einen großen unzumutbaren Umweg erfordern.



Hier kann wohl nur eine Lichtanlage für die Sicherheit der Fußgänger sowie zur Orientierung für die Kfz-Lenker die Lösung sein. Es wurde uns von Seiten des Bürgermeister Rudischer zugesichert, dass hier baldigst eine Lösung geboten wird. Leider braucht man auf ein tragisches Unglück nicht mehr warten, es ist bereits eingetroffen. Jetzt gilt es rasch zu handeln damit dort nichts mehr passiert – und vorsorgen, damit nicht noch jemand zu Schaden kommt.

**Beim Penny liegen seit geraumer Zeit Unterschriftenlisten für einen Fußgängerübergang auf.**



## Verkehrskonzept Hönigsberg

**Gemeinderat Franz Rosenblattl** richtete an den Bürgermeister zwei Fragen, die Hönigsberg betreffen. Zum einen wurde schon mehrmals versprochen, dass die Verkehrssituation einmal auf die Tagesordnung des Bau- und Stadtplanungsausschusses kommt. Bisher ist nichts passiert. Der nächste Winter ist ins Land gekommen, die nächste Schneeräumung wird wieder nicht funktionieren. Fehlende Parkflächen zwingen die Autos auf den engen Straßen und Gassen zu parken und diese behindern natürlich ungewollt die Schneeräumarbeiten. Bürgermeister Rudischer versprach, es diesmal ernsthaft anzugehen und sich dieser Problematik zu stellen.

Die zweite Frage betraf die von der Gemeinde geplanten **Garagen im Bereich Zimmersdorf-gasse-Sportgasse**. Bgm Rudischer meinte, dass er im Herbst des Jahres die Verantwortliche der SAG getroffen und mit ihr ein Gespräch über dieses Garagenprojekt geführt hat. Dabei sei das Bestreben der SAG zum Vorschein gekommen, selbst vielleicht ein Garagenprojekt einzuleiten... **Aber fix ist nix und schon gar nicht in absehbarer Zeit. Bitte warten.... Bitte warten.... Bitte warten.... Bitte warten....**

Impressum: MHM Mitteilungsblatt für Hönigsberg und Mürzzuschlag, Wienerstraße 148, 8680 Mürzzuschlag.  
E-Mail: kpoemz@aon.at  
Tel. 03852 / 24 53

## Dringlichkeitsantrag: Ehrung für Herta Eisler-Reich

Die KPÖ-promZ richtete an den Gemeinderat den Dringlichen Antrag, eine Auszeichnung für Frau Herta Eisler-Reich sowie eine Verkehrsflächenbenennung durchzuführen.

Als letzte Überlebende der Familie Eisler wohnt Herta Reich heute im 95. Lebensjahr stehend in Jerusalem. Sie wurde 1938 aus ihrer Heimatstadt Mürzzuschlag vertrieben und musste während der darauffolgenden sechsjährigen Flucht viel Gewalt ertragen. Im Buch „Zwei Tage Zeit“ schildert sie ihre Erlebnisse.

Mit einer Ehrung würde der Gemeinderat das Wissen um die historische Verantwortung nachfolgender Generationen ausdrücken und würde Frau Reich zeigen, dass sie und ihre Familie in Mürzzuschlag nicht vergessen sind. Der Ausdruck der Bereitschaft, sich vergangenen Unrechts zu erinnern, hilft vielleicht auch Frau Reich, diese Last leichter zu ertragen.

### Verkehrsflächenbenennung Eisler-Platz

Die Benennung einer Verkehrsfläche zur Erinnerung an die jüdische Familie Eisler, die in der Toni-Schurf-Gasse 11 lebte, wäre angebracht. Als Folge der nationalsozialistischen Machtergreifung wurde die 21jährige Tochter Herta nach mehrwöchiger Gestapohaft im Sommer 1938 gezwungen, ihre Heimatstadt zu verlassen. Ignaz Eisler und Sohn Erich wurden im KZ Dachau inhaftiert und nach der Freilassung Ende 1938 ultimativ aufgefordert, mit der restlichen Familie Mürzzuschlag zu verlassen. Nach dem Verlust von Haus und Textil-

geschäft und der vorübergehenden Übersiedelung nach Wien konnten sich Käthe und Ignaz Eisler mit der jüngsten Tochter Lilly einem Flüchtlingstransport nach Palästina anschließen. Auf dem Weg dorthin ertrank Lilly Eisler. Erich Eisler gelang die Flucht nach Skandinavien und Herta Eisler (verheiratete Reich) erreichte nach mehrjähriger Flucht und Verfolgung 1944 ebenfalls Palästina. Durch die unmittelbare Nähe zum früheren Wohnort der Familie wäre die Benennung des Jaklin-Platzes als „Eisler-Platz“ eine würdige Form der Erinnerung. Eine Anbringung einer Gedenktafel wäre weiters wünschenswert.



**Der Gemeinderat beschloss eine Zuweisung an den Kulturausschuss. Dieser wird sich frühestmöglich mit dieser Frage auseinandersetzen und die Möglichkeit einer Ehrung sowie die Benennung der Verkehrsfläche mit den Eigentümern des Grundstücks in die Wege leiten. Frau Eisler-Reich sollte diese Anerkennung ihrer Heimatstadt noch zu Lebzeiten erreichen.**



Im Herbst 1939 verließ die Mürzzuschlagerin Herta Eisler-Reich mit weiteren 1000 Jüdinnen und Juden auf einem Donauschiff Wien, um sich vor den Nationalsozialisten in Sicherheit zu bringen. Das Ziel ihrer Flucht war Palästina, doch der Transport erreichte nur den kleinen serbischen Donauhafen Kladovo. Fast ein Jahr nach dem Beginn der Flucht wurde die Reise fortgesetzt; doch nicht in Richtung Donaudelta, sondern einige hundert Kilometer stromaufwärts nach Sabac. Dort fielen die Flüchtenden in die Hände der Nationalsozialisten. Bis auf eine Gruppe Jugendlicher, die schon vorher nach Palästina reisen konnten, und einige wenige Erwachsene wurden alle umgebracht.

Herta Eisler-Reich gehört zu den wenigen Menschen jüdischer Herkunft, die den Nazis entkommen konnten. „Zwei Tage Zeit“ ist die Schilderung dieser Flucht. Daneben handelt dieses Buch aber auch vom bescheidenen jüdischen Leben in Mürzzuschlag im 19. und 20. Jahrhundert, vom Antisemitismus, den „Arisierungen“ und der Verfolgung und Ermordung der Mürzzuschlager Juden.

Ich bestelle ..... Stk. des Buches Herta Reich:  
**Zwei Tage Zeit. Die Flucht einer Mürzzuschlager Jüdin 1938-1944** zum Preis von 11 Euro zuzüglich Versandkosten.

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

## Dringlichkeitsantrag: Null-Lohnrunde für Gemeindebedienstete?

Wie aus den Medien bekannt (siehe auch Seite 8 dieser MHM), haben der Landeshauptmann und sein Vize eine Nulllohnrunde bei den Bediensteten des Landes und der Gemeinde verordnet. Dass diese Nulllohnrunde die Bezieher der obersten Gehälter nicht ans Hungertuch bringt ist wohl allen klar. Aber die gut verdienenden Herren in der Landesregierung dürften vergessen haben dass es auch arbeitende Menschen mit niederstem Einkommen gibt. Durch die hohe Inflation dieses Jahres und der Prognose für das nächste Jahr führt man diese Menschen bewusst an die Armutsgrenze und darüber hinaus.

**Aus diesem Grund heraus stelle die KPÖ an den Gemeinderat folgenden Dringlichkeitsantrag:** Der Gemeinderat beschließt die einmalige Auszahlung eines Teuerungsausgleichs für Mitarbeiter/innen der Stadtgemeinde mit niedrigstem Einkommen.

### Begründung

Die von der Steiermärkischen Landesregierung angeordnete, Null-Lohnrunde trifft gerade die Mitarbeiter/innen der Gemeinde mit niedrigem Einkommen massiv. Da gleichzeitig im Ordentlichen Haushalt 2012 bei den „Bezügen der Organe“ eine Erhöhung geplant wurde, die aber ebenfalls durch

die Null-Lohnrunde der Landesregierung nicht schlagend wird, bleibt ein Betrag übrig, der als Teuerungsabgeltung für einkommensschwache Bedienstete ausbezahlt werden könnte.

**Dieser wurde einstimmig vom Gemeinderat angenommen und vom Ausgang des anhängenden Gerichtsverfahrens gegen die Nulllohnrunde abhängig. Sollte es zur Auszahlung des Teuerungsausgleichs kommen, so wäre es durch direktes Umschichten von Politikergehältern hin zu diejenigen die es am notwendigsten brauchen.**

## Hundesteuer von 22 auf 40 €uro hinaufgeschwemmt! Bücherei Leihgebühr steigt um ca 60% !

### Hundesteuer fast verdoppelt!

Einen Teil der „Schuldenbremse“ müssen in Mürzzuschlag die Hundebesitzer bezahlen. Allen Hundehaltern, die bisher ihre Steuer brav entrichtet haben, wird eine ca. 80% Steigerung aufgebürdet. Begründet wird diese Steigerung mit der seit einigen Jahren konstanten Steuer. Somit Eine Anpassung wäre fällig. Die enormen Leistungen der Gemeinde für die Hundebesitzer wie Kotsackerl, Kotsackerlständer, geplante Hundewiese, würden die Teuerung rechtfertigen.

Warum die Mürzzuschlager Hundesteuer, schon fast die Höhe der Grazer Hundesteuer erreicht, ist für Hundehalter unseres Ortes sicher nicht nachvollziehbar. Graz bietet ein gesamtes Programm für ihren so genannten „Grazwuff“. Hundezonen, Hundefreilaufplätze, Förderungen für Hundeführerkurse und Ausbildung. Weiters gibt es in Graz mehrere Tierheime die von der Gemeinde mitgetragen werden.

Unerklärlich für Tierfreunde ist, dass die Zwingerhaltung steuerlich extrem begünstigt wird. Liebe Hundehalter, Zwinger bauen – Steuer sparen! – soll das der Weg sein?

Geht es dem Finanzstadtrat jetzt wirklich so schlecht, dass es jetzt schon den Hunden an den Kragen geht?

**Wie bei jeder Teuerung trifft es die Ärmsten am meisten. Hier ist sie sogar unverschämte hoch und wurde mit gutem Gewissen von den Gemeinderäten der KPÖ abgelehnt.**



### Bücherei- Leihgebühr erhöht!

Die Leihgebühr für Erwachsene beträgt nunmehr 80 statt bisher 50 Cent. Damit setzt sich die Mürzer Bücherei im Spitzenfeld fest: nämlich bei den höchsten Leihgebühren. Wiederum eine Erhöhung für jene Leute mit weniger Geld, die es sich nicht leisten können alle drei Wochen bei Amazon eine Bestellung aufzugeben. **Keine Zustimmung der KPÖ, alle anderen dafür.**

### Mürzer Stammtisch



„Host des glesen, die Hundesteier hobns auffigsetzt?“

„Bledsinn, dei Hundebesitzer dei eanan Hund angemeldet hobn, nemman e a Sackerl fias Gackerl und dei ka Steia zolln deinan is dei Erhöhung a herzlich Wurscht und lossn a die Kropfn liegn.“



## Die neue „bedarfsorientierte Mindestsicherung“ – Groteske geht weiter...

In Zeiten wie diesen muss gespart werden! - Dieses landauf, landab von den (Landes-)Politikern gepredigte Credo könnte man sogar für angebracht halten:

- **Angesichts** der 18 Milliarden (!)-Euro-Garantie für die marode Bank unserer Kärntner Nachbarn.
- **Angesichts** der hunderten Millionen, die der öffentlichen Hand fehlen, weil der Verkauf der BUWOG ein „abgekartetes Spiel“ war.
- **Angesichts** der Millionen, die für Events und Berater des Landes Steiermark „hinausgeblasen“ werden, als gäbe es kein morgen...
- **Angesichts** der Anschaffung des absolut teuersten Fluggeräts für unser Bundesheer: Systemkosten von bis zu 5 Milliarden Euro.

### Liebe Leserinnen und Leser!

Sie haben es natürlich schon erstraten: Rot-Schwarz haben sich in größtmöglicher Harmonie darauf geeinigt, bei jenen einzusparen, die eben keine Lobby haben, also bei Mindestsicherungsbeziehern, Wohnbeihilfenbeziehern (Mindestpensionisten u.a.) in der Jugendwohlfahrt und bei der Behindertenbetreuung, kurz: bei Menschen mit geringstem Einkommen. Und eine Erhöhung der Vermögenssteuern – also die Einforderung einer Beteiligung jener, die mit unser aller Arbeit gutes Geld verdienen – ist weiterhin nicht in Sicht.

Dieses kurzzeitige „Sparen“ wird uns alle noch viel Geld kosten, spätestens dann, wenn aktuell nicht mehr betreute Jugendliche aus schwie-

Der „Tag der Härtefälle“ der Plattform25 zeigte an konkreten Beispielen, dass das Sozialbudget viele in die Armut drängt.  
www.plattform25.at



rigem Elternhaus sich andere Wege suchen, Dampf abzulassen; spätestens dann, wenn (Spiel-)Süchtige ihre Familien mit in den Ruin reißen. Spätestens dann, wenn auch der aller-allerbeste Rettungsschirm dieses System des Turbokapitalismus und der Megaspekulation nicht mehr auffangen wird können.

### Nochmals zurück zur Mindestsicherung:

Die „Bedarfsorientierte Mindestsicherung“ war seitens des Ministeriums immer als Pauschale gedacht und sollte 14 mal ausbezahlt werden – man wollte eine österreichweite Vereinheitlichung. Herausgekommen ist für die Steiermark: Die Bezirkshauptmannschaft Leibnitz rechnet anders als die BH Voitsberg, die Grazer völlig anders als alle anderen und der Unabhängige Verwaltungssenat hat ganz eine eigene Berechnungsmethode gefunden... – Wir bitten daher um Verständnis, dass wir den Hilfesuchenden, die sich an die Sozialberatung der KPÖ

wenden, zu Berufungen und zu Beschwerden an die Volksanwaltschaft bzw. an Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof geraten haben (kostenlos, im Rahmen der Beratung bzw. der Verfahrenshilfe). Es kann nicht sein, dass man einer schwer kranken Sozialhilfebezieherin € 2438.- pro Jahr wegstreicht, entgegen allen Vereinbarungen, unter Berufung auf ein Gesetz, das laut einer Mitarbeiterin des Unabhängigen Verwaltungssenats „so schlecht“ ist, dass man gar nicht entscheiden könne.

**Falls Sie betroffen sind: WEHREN SIE SICH!**

**Falls Sie Betroffene kennen: Raten Sie ihnen zu einem Termin bei der Sozialberatung der KPÖ.**

### Die Geschäfte des Herrn Gusenbauer

Ex-Kanzler Gusenbauer schlägt als „Berater“ Profit aus seinem Ex-Posten als Politiker: Für 2010 weist sein Unternehmen einen Gewinn von 2.522.939,61 Euro aus (Aus dem Firmenbuch). Unter Gusenbauers Kunden: Der Glücksspielkonzern Novomatic, die Hypo Alpe Adria oder die WAZ-Ost-Holding. Neben anderen Engagements leitet er den Aufsichtsrat des Bauriesen Strabag. Für Strabag-Boss Hans Peter Haselsteiner hat er auch den Vorsitz in Haselsteiner-Privatstiftungen übernommen.

**Helfen statt Reden!**

## SOZIALSPRECHTAG

**Mindestsicherung • Wohnungsproblem  
Arbeitsplatzproblem  
mit Magister Philipp Reininger**

**Dienstag 10. Jänner 2013 – von 15.00 Uhr bis 17.30 Uhr**

KPÖ Lokal: Wienerstrasse 148

telefonische Voranmeldung zwecks Vermeidung von Wartezeiten

erforderlich: 0650 2710550

**Helfen statt Reden!**

## Ausverkauf im Gesundheitswesen

**Die steirische rot-schwarze „Reform-Partnerschaft“ richtet sich auch gegen das Gesundheitswesen. SPÖ und ÖVP nehmen in Kauf, dass die Gesundheit der Bevölkerung zu einer beliebigen Ware wird und die Briefftasche über den Zugang zu Heilung und Gesundheit entscheidet.**

Die KPÖ Steiermark hat in einer Broschüre mit dem Titel „Gesundheit ist keine Ware!“ Gedanken zur Gesundheitspolitik zusammengefasst. Darin verweist sie darauf, dass die Weltgesundheitsorganisation Gesundheit als „Zustand des vollständigen, körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens und nicht nur als Fehlen von Krankheit und Gebrechen“ definiert.

Zur aktuellen Entwicklung heißt es: „Das Gesundheitssystem soll einer fatalen Profitlogik unterworfen werden. Je mehr Geld jemand hat, desto besser die Gesundheitsversorgung. Die Privatisierung im Gesundheitsbereich nimmt zu. Schon vor Jahren wurden die Spitäler ausgegliedert – ein Zwischenschritt zur Privatisierung. Aktuell wurde in der Steiermark ein Spitalskonzept beschlossen, das keinen Stein auf dem anderen lässt.“

Vor der Wahl haben SPÖ und ÖVP versprochen, keinen Spitalsstandort in Frage zu stellen. Jetzt droht ein Kahlschlag: Krankenhäuser sollen geschlossen, Abteilungen aufgelöst und hunderte Spitalsbetten gestrichen werden. Mit dem Effekt, dass Kranke unzureichend versorgt und Pflegepersonen schlechtere Arbeitsbedingungen vorfinden.

### Schritte in den Abgrund

Dazu kommen weitere Schritte in den Abgrund, die vor allem von ÖVP-Landesrätin Kristina Edlinger-Ploder kommen, aber die gesamte Landesregierung zu verantworten hat:

Im Landesbudget wurden im März die **Streichung von 800 Spitalsbetten und die Privatisierung der Landespflegeheime** angekündigt. KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg befürchtet, dass der Privatisierungsschritt zu einer Explosion der Pflegekosten führen wird.

In Beantwortung einer dringlichen Anfrage der KPÖ zum Spitalsstrukturplan, der die Einsparung von Spitalsabteilungen und die Schließung ganzer Krankenhäuser vorsieht, hat die Reform-Partnerschaft die **Einbeziehung von Vertretern der betroffenen Regionen abgelehnt.**

Im Mai wurde bekannt, dass die Grazer Kinderwunschambulanz als sogenanntes PPP-Modell weitergeführt werden soll. KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler wies auf das Prinzip dieser Modelle hin, wonach „die Öffentlichkeit alles zahlt und für Verluste haftet, während die Profite von Privatinvestoren eingesteckt werden.“

Im August tritt ÖVP-Landesrätin Edlinger-Ploder für die **Einführung eines Selbsthalts** als „erzieherische Maßnahme“ ein (kann man Kranke zum Nicht-Kranksein erziehen?), den alle Patienten zahlen sollen, die eine ärztliche Or-

dination aufsuchen. Klimt-Weithaler von der KPÖ bezeichnet diese Forderung als menschenverachtend, weil sie die Ärmsten am härtesten trifft. Im Gegenzug verlangt sie, die Höchstbeitragsgrundlage zur Krankenversicherung abzuschaffen. Der von der ÖVP angedrohte Selbstbehalt spielt für Landesregierungsglieder mit Gagen von 13.872 Euro pro Kopf und Monat (der Landeshauptmann streift 15.504 und sein Stellvertreter 14.688 Euro ein) keine Rolle, würde aber die Mehrheit der Bevölkerung schwer treffen.

**Vier Landespflegezentren** werden derzeit noch vom Land Steiermark betrieben, darunter jenes in Kindberg. Jetzt sollen sie verkauft werden. Kurzfristig werden so Kosten verschleiert, langfristig ergibt die Verscherbelungspolitik schwere Verluste für die öffentliche Hand.

Im September wurden das Gebäude und die Liegenschaften des LKH Hörgas-Enzenbach im Auftrag der Landesregierung zum Verkauf ausgeschrieben. Die Etablierung eines privaten Pflegeheims werde die Problem des Landes nicht lösen, aber die Pflegekosten in die Höhe treiben, warnt KPÖ-LAbg. Klimt-Weithaler.

**Noch ist es nicht zu spät: diese Pläne stehen größtenteils erst auf dem Papier: Protest und Widerstand sind möglich und notwendig.**



**LKH Mürzzuslag: (Bild) Wenn die Bezirkszusammenlegungen kommen, sind auch die Bezirks-Landeskrankenhäuser vom Zusperrten bedroht**



## Gemeindebedienstete: Gewerkschaft muss jetzt reagieren!

KPÖ-LAbg. Murgg: Gewerkschaftsbasis hat Zeichen gesetzt

Erfreut zeigt sich **KPÖ-LAbg. Werner Murgg** über die Verfassungsklage der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten gegen die von Voves und Schützenhöfer verordnete Nulllohnrunde.

Wie bekannt wurde, wollte die Gewerkschaftsspitze ursprünglich die Vorgangsweise der Landesregierung bedingungslos akzeptieren, ohne die Mitgliederbefragung abzuwarten.

Deren Ergebnis ist offenbar eine Ohrfeige für die ÖGB-Verhandler, die jetzt dem Druck ihrer Mitglieder nachgeben müssen.

Werner Murgg sieht sich durch die Verfassungsklage bestätigt. Er hatte eine Dringliche Anfrage an LH Voves eingebracht, in der er die Rechtmäßigkeit der Vorgangsweise in Frage stellte. *„Die Nulllohnrunde könnte sich als nicht verfassungskonform erweisen. Klar ist aber unabhängig davon, dass die Politik von LH Voves nichts mehr mit sozialdemokratischen Grundsätzen zu tun hat, deshalb läuft ihm auch die Parteibasis davon. Den großen Sprüchen der ÖGB-Führung vor der Verhandlung mit Voves und Schützenhöfer müssen nach dem Null-Ergebnis Taten folgen, fordert Murgg den ÖGB auf, sich zu überlegen, mit welchen Maßnahmen für die Gemeindebediensteten ein Ergebnis zumindest wie im Bund erzielt werden kann. „Zuerst gab es großspurige Ansagen, aber im Landtag herrschte dann bei den ÖGB-Funktionären großes Schweigen, wie schon beim Budget.*

*Damit wird dem Gewerkschaftsgedanken kein guter Dienst erwiesen“, so Murgg.*

**Es reicht!**  
für alle



## Anschlag auf die Familien

Die von SPÖ-Landesrätin **Elisabeth Grossmann** angekündigte Abschaffung des Kinderzuschusses ist ein schwerer Schlag für die Familien in der Steiermark. Das sagte **KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler** zu den neuen Kürzungsmaßnahmen der „Reformpartnerschaft“.

Der Kinderzuschuss in der Höhe von 145,35 Euro im Monat wird derzeit nach Geburt eines Kindes ein Jahr lang ausbezahlt, wenn das Pro-Kopf-Einkommen einer Familie unter 793,40 Euro liegt. Ab Februar 2012 sollen keine Neuanträge mehr möglich sein. Die Aussage von Landesrätin Grossmann, der Kinderzuschuss sei durch die Einführung der Mindestsicherung nicht mehr nötig, ist für Klimt-Weithaler nicht nachvollziehbar: *„Die Behauptung, die Kürzungen würden durch die Mindestsicherung kompensiert, ist absurd. Gerade Familien haben nun viel weniger Geld zur Verfügung als mit der Sozialhilfe. Neben Kürzungen beim Lebensunterhalt und Neben Kürzungen beim Lebensunterhalt und bei den Wohnkosten, dem Verlust der Sonderzahlungen und den steigenden Preisen verlieren jetzt ausgerechnet die ärmsten Familien in der Steiermark eine weitere dringend nötige Unterstützung. Gerade Familien mit Kleinkindern müssen viele Anschaffungen tätigen, die aus der Mindestsicherung nicht finanzierbar sind.“*

Die KPÖ setzt sich im Landtag für die Beibehaltung des Kinderzuschusses ein. *„Denjenigen, die sich das Leben jetzt schon kaum noch leisten können, wird ohne mit der Wimper zu zucken eine Unterstützung nach der anderen gestrichen“, so Claudia Klimt-Weithaler.*



## Kaputtverwaltet

Im Namen der Euro-Schuldendiktatur gibt es Sozialabbau:

- Regress für Angehörige
- Privatisierung im Gesundheitswesen
- Kindergartensteuer für Eltern
- Demokratie- und Arbeitsplatzabbau durch sogenannte „Reformpartnerschaft“

Voves und Schützenhöfer, die diese grausamen und selbstzerstörerischen Belastungen und Streichungen durchziehen haben leicht lachen: Keiner von beiden wird sich aus Altersgründen der nächsten Wahl stellen. Die Scherbenhaufen ihrer Belastungspolitik überlassen sie ihren Nachfolgern.

## Historisches Mürzzuschlag

Die Grazerstraße war einmal eine belebte Einkaufsstraße. Viele Geschäfte und Gewerbebetriebe befanden sich links und rechts auf dieser bedeutenden Straße. Rechts hinten ist der Hauptplatz zu erkennen. Er konnte verkehrstechnisch zwar als Hauptplatz bezeichnet werden, fanden hier doch die Wiener-, die Mariazeller- und die Grazerstraße ihren Ausgang. Gesellschaftlich gesehen wurde er jedoch nie wirklich seinen Namen gerecht. In diversen Chroniken wurde er auch als Johannes- Platz bezeichnet, dies rührt daher da sich unmittelbar am Hauptplatz die Johannes Kapelle befindet. Ob die Grazerstraße noch einmal jene Bedeutung erlangt wie seinerzeit ist leider höchst unwahrscheinlich. ...

